

Wochenrückblick 19. November bis 25. November 2011 DIE LINKE. Brandenburg in Aktion



Liebe Genossinnen und Genossen,
am kommenden Samstag ist der Auftakt für unsere neue Leitbildebate. Was haben wir in den zurückliegenden Jahren erreicht, was ist uns bisher nicht gelungen? Wie wollen wir dieses Land entwickeln? Was sind unsere Vorstellungen von Brandenburg 2020? „WIR verändern: gerecht, solidarisch, nachhaltig“ Dies ist das Motto unserer Veranstaltung und soll zugleich unser Leitfaden sein. Nach einem zweijährigen Diskussionsprozess wollen dann Landtagsfraktion und Landesverband ein überarbeitetes Leitbild vorlegen.
Ich hoffe wir sehen uns alle im Potsdamer Kongresshotel.

Herzliche Grüße

Thomas Nord
Landesvorsitzender

Haushaltentwurf: Mehr Geld für die Kommunen

SPD und DIE LINKE im Landtag haben den Haushaltsentwurf für 2012 an politisch brisanten Stellen verändert. Bereits Anfang November wurde über Umschichtungen ein Bildungspaket mit einem zusätzlichen Volumen von 11 Mio. Euro geschnürt. Die großen Gewinner des aktuellen Nachjustierens werden die Kommunen sein. Sie bekommen insgesamt 53,4 Mio. Euro zusätzlich, aus den erwarteten Steuermehreinnahmen von 131 Millionen im kommenden Jahr.

Damit werde die Finanzkraft der „kommunalen Familie“ gestärkt, freute sich der finanzpolitische Sprecher der LINKEN, Christian Görke.

<http://www.dielinke-brandenburg.de/politik/presse/detail/zurueck/presse/artikel/rot-rot-staerkt-kommunale-finanzkraft/>

DIE LINKE setzt auf Bildung

Der Landesvorstand der LINKEN hat sich auf seiner Sitzung am 20.11.2011 dafür ausgesprochen, im kommenden Jahr Teile der zu erwartende Steuermehreinnahmen für Investitionen in Bildung und Wissenschaft zu verwenden. „Wir sind uns in dem Grundanliegen einig, dafür alle finanziellen Möglichkeiten zu erschließen“, sagte der stellvertretende Landesvorsitzende Stefan Ludwig. Das Land kann nach aktuellen Schätzungen mit einem Plus von 80 Millionen Euro rechnen. Der Landesvorstand verweist darauf, bereits durch den Beschluss des Landesvorstandes im Oktober 2011 zugunsten der Bildung umgeschichtet zu haben. Das zusätzliche Geld soll in 2013/2014, wenn die Steuereinnahmen möglicherweise wieder sinken, dafür genutzt werden, das aktuelle Niveau zu bewahren.

Rot-Rot will Rücklage als Schwankungsreserve

Trotz angekündigter Steuermehreinnahmen für 2012 will Rot-Rot in Brandenburg bisher gebildete Finanzreserven nicht antasten. 44,7 Millionen Euro aus den Jahren 2007/2008 sollen als Schwankungsreserve dienen und weiter aufgestockt werden, um auch bei einem Konjunkturerinbruch die Neuverschuldung auf Null zu senken, kündigten die Finanzexperten von SPD- und Linksfraktion, Klara Geywitz und Christian Görke an. Im Jahr 2012 will Rot-Rot 270 Millionen Euro neue Schulden aufnehmen, 2013 erneut 200 Millionen. „2014 wird dort eine Null stehen“, sagte Görke.

[http://www.dielinke-fraktion.brandenburg.de/index.php?id=17&no_cache=1&tx_ttnews\[backPid\]=23&tx_ttnews\[tt_news\]=2032](http://www.dielinke-fraktion.brandenburg.de/index.php?id=17&no_cache=1&tx_ttnews[backPid]=23&tx_ttnews[tt_news]=2032)

Rot-rote Ausschussmehrheit stimmt für bürgernahe Gerichtsreform

Der Rechtsausschuss des Landtages hat am 24.11.2011 den Gesetzentwurf zur Neugliederung der Gerichtsstrukturen mit den Stimmen der Koalition beschlossen und dem Plenum zur Annahme empfohlen. Dazu erklärt der stellvertretende LINKEN-Fraktionsvorsitzende Stefan Ludwig: „Mit dem Gesetzentwurf wird eine mehr als sechs Jahre währende Verunsicherung der Bediensteten der Justiz beendet. Die Koalition hat sich bewusst dafür entschieden, die Gerichtsstandorte im ganzen Land bürgernah zu erhalten. Die Gerichte können so - auch unter schwieriger werdenden demografischen Bedingungen - ihre Funktion als dritte Gewalt im Staat wahrnehmen.“ Die Reform passt die vier Landgerichtsbezirke an die zu erwartenden demografischen Entwicklungen an. Sie werden in Zukunft annähernd gleich groß sein. Mit dem Beschluss zur Gerichtsreform wird ein weiteres Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.

<http://www.dielinke-brandenburg.de/politik/presse/detail/zurueck/presse/artikel/rot-rote-ausschussmehrheit-stimmt-fuer-buergernahe-gerichtsreform/>

Landesrechnungshofbericht: Grundsatzkritik der LINKEN an ÖPP-Projekten bestätigt

Der Jahresbericht des Landesrechnungshofes kritisiert den Neubau des Finanzministeriums im Rahmen einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP). Über die gesamte Vertragslaufzeit könnte es zu Mehrkosten für den Landeshaushalt von 4,1 Mio. EUR kommen. „Das Ziel durch eine langfristig angelegte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft öffentliche Investitionsprojekte effizienter zu realisieren als bisher ist somit gescheitert“, erklärte der haushalts- und finanzpolitische Sprecher der LINKEN Christian Görke dazu.

<http://www.dielinke-brandenburg.de/politik/presse/detail/zurueck/presse/artikel/landesrechnungshofbericht-grundsatzkritik-der-linken-an-oeppe-projekten-bestaetigt/>

Keine Rundfunkgebühr für Kleingärten!

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass ostdeutsche Laubenbesitzer keine zweite Rundfunkgebühr für ihre Lauben in Kleingärten zahlen müssen. Nun haben die Länder eingelenkt. Die neue Gebühr greife nur bei Gartenhäusern, die zum Wohnen geeignet seien, sagte Sachsen-Anhalts Regierungssprecher Rainer Metke nach dem Treffen der Staatskanzlei-Chefs. Besitzer von großen Lauben würden damit künftig wie Besitzer von kleinen Gartenhäuschen behandelt. Einziger Unterschied: Die Nachweispflicht darüber, dass eine Datsche nicht zum Wohnen geeignet ist, liege beim Eigentümer. Noch nicht geklärt sei, wie das Antragsverfahren laufen soll und welche Kriterien zur Bewertung herangezogen werden.

<http://www.dielinke-brandenburg.de/politik/presse/detail/browse/1/zurueck/presse/artikel/linke-teilt-ard-auffassung-zur-rundfunkgebuehrenbefreiung-von-kleingaerten/>

<http://www.dielinke-brandenburg.de/politik/presse/detail/browse/1/zurueck/presse/artikel/besitzer-von-kleingaerten-grundsatzlich-von-neuer-rundfunkgebuehr-befreien/>

Kaiser: Bund unterschätzt rechte Gefahr

Die Bundespolitik hat den Rechtsextremismus und die von ihm ausgehenden Gefahren unterschätzt. Das meint Kerstin Kaiser, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Potsdamer Landtag. Der Schwerpunkt bei der Bekämpfung von Terrorismus sei über mehrere Jahre hinweg immer mehr zum Islamismus und zum Extremismus allgemein verschoben worden. Dies sei ein Fehler gewesen. Falsch sei auch die Extremismusklausel des Bundesfamilienministeriums. Diese verlangt von Vereinen und Initiativen, die gegen Rechts aktiv sind, eine Abgrenzung nach links, wenn sie Fördermittel erhalten wollen. Die Extremismusklausel muss sofort abgeschafft werden, forderte Kaiser.

Termine

- 26. November 2011: 12.30 Uhr, Großdemonstration "STOPP CASTOR: Gorleben soll leben!" in Dannenberg

<http://www.ausgestrahlt.de/>

<http://www.dielinke-brandenburg.de/politik/presse/detail/zurueck/presse/artikel/landesvorstand-der-linken-solidarisiert-sich-mit-protesten-gegen-den-castor-transport/>

- 17. November bis 15. Dezember 2011: Mitgliederentscheid zur Bestätigung des neuen Parteiprogramms

<http://www.die-linke.de/programm/mitgliederentscheid/>

- 03. Dezember 2011: 10.00 Uhr, Konferenz zum Auftakt der neuen Leitbilddebatte: Start zur Leitbilddebatte „Brandenburg 2020: gerecht, solidarisch, nachhaltig“ in Potsdam, Kongresshotel, Am Luftschiffhafen 1

http://www.dielinke-brandenburg.de/fileadmin/Leitbild/Postkarte4_Linke%20Brandenburg.pdf

- 05. Dezember 2011: 18.00 Uhr, Energiepolitisches Gespräch der Brandenburger Landtagsfraktion DIE LINKE: "Dezentrale Energieversorgung: Chancen, Probleme, Risiken – Energiegenossenschaften, Rekommunalisierung, Bio-Energiedörfer als Lösungsansätze?" in Potsdam im Landtag, Am Havelblick 8, Raum 306

<http://www.dielinke->

[fraktion.brandenburg.de/fileadmin/download/PDF/Flyer/2011/Potsdam_Energiepolitisches_Gespraech_DEZ_2011.pdf](http://www.dielinke-fraktion.brandenburg.de/fileadmin/download/PDF/Flyer/2011/Potsdam_Energiepolitisches_Gespraech_DEZ_2011.pdf)